

# Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 19, +23, Glücksspielvertrag

Dazu sagt die finanzpolitische Sprecherin  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

**Monika Heinold:**

**Landtagsfraktion  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503  
Fax: 0431 / 988 - 1501  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh.gruene-fraktion.de

**Nr. 265.12 / 25.04.2012**

## **Letzte Chance das Glücksspielgesetz ohne Schadensersatzforderungen zurückzunehmen**

Es war falsch, dass Schleswig-Holstein das Glücksspiel im Alleingang geregelt hat. Wer Kleinstaaterei betreibt, wo europäische Lösungen gefordert sind, handelt engstirnig und kurzsichtig.

Es ist respektlos gegenüber den anderen Bundesländern, Gelder aus dem Länderfinanzausgleich zu kassieren und gleichzeitig die Glücksspielabgabe so zu konzipieren, dass diese Einnahme egoistisch am Solidarsystem der Länder vorbei in die eigene Kasse geschummelt wird.

Es ist absehbar, dass das Glücksspiel auch in den nächsten Jahren Gerichte und Anwälte beschäftigt. Der Glücksspielstaatsvertrag steht auf dünnem Eis. Der Alleingang Schleswig-Holsteins kann ausschlaggebend dafür sein, dass das Eis nicht hält, sondern bricht. Die von der EU geforderte Kohärenz wird mit dem schleswig-holsteinischen Gesetz bewusst durchbrochen. Die Glücksspielindustrie lacht sich ins Fäustchen.

Meine Damen und Herren,

noch sind in Schleswig-Holstein keine Lizenzen vergeben, noch kann das Gesetz ohne Schadensersatzforderungen rückgängig gemacht werden. Und diese Chance sollten wir in dieser Landtagssitzung nutzen! Es ist unsere letzte Chance!

Denn sind die Lizenzen erst vergeben, wird sich das Land höchstwahrscheinlich nicht ohne Zahlungsverpflichtungen von dem beschlossenen Alleingang verabschieden können. Zumal an den vergebenen Lizenzen auch Sponsoringverträge hängen.

Und ich sage Ihnen für meine Fraktion eines: Das Letzte, was dieser Landtag beschließen sollte, ist die Rücknahme eines Gesetzes, die dazu führen würde, dass wir die knappen Steuergelder einsetzen, um Regressansprüche gegenüber der Glücksspielindustrie zu bezahlen!

Unser Apell heute heißt deshalb: Schaden vermeiden, bevor er eingetreten ist! Heute ist der Tag, um zu einer gemeinsamen Lösung aller Bundesländer zurückzukehren. Auch wir wissen, dass der Glücksspielstaatsvertrag der 15 Länder in seiner Entstehung und im Resultat ein Armutszeugnis für die Handlungsfähigkeit des föderalen Systems ist. Auch wir wissen, dass der Staatsvertrag rechtlich auf wackeligen Füßen steht. Und dennoch: alles ist besser, als dass sich unser Land zum Sammelbecken für die Glücksspielindustrie entwickelt, als dass Schleswig-Holstein mit seinem Alleingang dazu beiträgt, dass der 15 Länder Staatsvertrag scheitert – ja scheitern muss, weil Schleswig-Holstein die Kohärenz im Bundesgebiet durchbricht.

Meine Damen und Herren,

viele im Land haben unter dieser schwarz-gelben Regierung gelitten. Einer der wenigen Gewinner ist die Glücksspielindustrie, die von schwarz-gelb einen Freibrief zum Geld drucken erhalten hat.

Und, meine Damen und Herren von CDU und FDP,

eines kann ich Ihnen in diesem Zusammenhang nicht ersparen: Die Sylter Sause war einer Ihrer größten Fehler in dieser Legislaturperiode. Wer sich mitten in einem Gesetzgebungsverfahren von den Profiteuren des Gesetzes einladen lässt, der muss wissen, dass dieses Verhalten als klebrige Angelegenheit eingestuft und scharf kritisiert wird.

\*\*\*